

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

262 (11.11.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegblätter 20 Pfennig, bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichterhaltung des Zeitungsblattes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt o. Erlösungs- und Gerichtsamt in Karlsruhe L. D. o. Schrift der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandel, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,20 Mark o. Ohne Zustellung 1,80 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einjahreslauf 10 Pfennig o. Erhältlich 8 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2350 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D. Waldstraße 28 o. Journal 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Kallat, Rosenstraße Offenbach, Republikstraße 8

Nummer 262 Karlsruhe, Mittwoch, den 11. November 1931 51. Jahrgang

Unterhaus und Krise

Nichtslagende Thronrede - Zurückhaltung Macdonalds - Unbefriedigte Zoll-konervative - Die Arbeiterpartei fordert gegenseitige Reparations-/Schuldenstreichung im Sinne der Arbeiterinternationale

London, 10. Nov. (Eig. Draht.) Die zahlreichsten Reden, die heute im Unterhaus in London über die Politik Englands gehalten worden sind, und die sämtlich nur zu dem Zweck gehalten wurden, der Öffentlichkeit die unmittelbaren Absichten der Regierung bekannt zu geben, haben nicht ein Atom von dem Nebel zu zerstreuen vermocht, der diese Rede verhüllte. Weder die Rede des Premierministers Macdonald auf dem Bankett des neugewählten Londoner Bürgermeisters am Montagabend, noch die Thronrede des Königs am Dienstag mittags vor der Eröffnung des neuen Parlaments, noch die des Premierministers während der Parlamentsdebatte am Dienstagabend gaben den geringsten Anhaltspunkt über das, was die Regierung beabsichtigt. Klar war nur die Rede des Vertreters der Arbeiterpartei, der im Sinne der Arbeiterinternationale die gegenseitige Streichung aller Kriegsschulden forderte, womit sich wieder einmal zeigte, daß es einzig die Sozialdemokratie ist, die scharf und entschieden den Weg der Wohlfahrt aller Völker gehen möchte - wenn sie die Mehrheit in den Parlamenten hätte, was jedoch bisher nirgends der Fall war.

Aus der Thronrede des Königs sei der Hinweis auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Überwindung der Wirtschaftskrise der Welt und der Englands erwähnt. Jedoch bedeutet dies erfahrungsgemäß nicht, daß die neue englische Regierung nun die Initiative auf diesem Gebiet ergreifen wird. Zu den innerpolitischen Fragen erklärte der König, die Nation habe bei den allgemeinen Wahlen die Maßnahmen unterstützt, die getroffen wurden, um Europa zu ersticken und das Sozialistengewicht wieder heraufzulesen.

Aus der Rede des Premierministers Macdonald ist bemerkenswert die Antwort, die er auf einen Appell des Oppositionsführers Lansbury an die Regierung, sich für die Streichung der deutschen Reparationen einzusetzen, gab: Solange menschlicher Wille der Welt niemals prosperieren. Im übrigen kam in der Rede des Premierministers sehr oft das Wort „Tarif“ und „Antidumpingmaßnahmen“ vor, jedoch ohne daß man daraus irgend einen Schluss auf die Absichten der Regierung ziehen könnte. Weiterhin erklärte Macdonald, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die englische Währung gewisse Vorteile durch das Abgeben von der Goldwährung erzielt habe. Man müsse jedoch damit rechnen, daß

andere Länder, die mit England in Handelsbeziehungen stehen, Gegenaktionen unternehmen würden. Das Problem der Ausbalancierung der englischen Handelsbilanz sei also auf diesem Wege noch keineswegs gelöst. Es bestehe sogar die große Gefahr, daß die Währungsänderungen spekulativ ausgenutzt würden. Im übrigen werde die Regierung eventuell um „Ermäßigungen“ bitten.

Der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei richtete an das Haus die Warnung, über dem nationalen Triumph den Kopf nicht zu verlieren. Es werde der Tag kommen, an dem England sich darüber Rechenschaft geben werde, daß 1931 ebenjener Anlaß bestanden habe, zu triumphieren, wie 1918. Die Wahlen seien in einer Weise geführt worden, die nur Unheil mit sich bringen könnte. Die Rede des Königs, sonst ein Dokument, in dem die Regierung ihre gesetzgeberischen Pläne darlege, sei völlig inhaltslos gewesen. Das sei kein Wunder, da die Regierung sich in keinem Punkte habe einengen können. Sie sei das merkwürdigste Gemisch, das man je als Regierung gesehen habe und besonders uneinig zusammengesetzt bezüglich der wichtigsten innerpolitischen Fragen, nämlich der Frage der Tarife.

In beachtenswerter Weise erklärte Lansbury weiterhin, daß im Jahre 1919 das Parlament einen Frieden gemacht hätte, der kein Frieden gewesen sei. Es war ein Frieden, so sagte er, der dem deutschen Volke die Schuld an dem großen Kriege aufbürdete. Wie aber jeder Mann wüßte, ist das deutsche Volk nicht mehr verant-



Der neue Vorsitzende der Arbeiterfraktion im englischen Unterhaus

George Lansbury, der alte sozialistische Parlamentsabgeordnete, wurde zum Führer der stark zusammengekommenen Arbeiterfraktion im Unterhaus gewählt. Henderson behält weiter den Parteivorsitz.

wortlich als jeder andere, was ja klar aus den jetzt erscheinenden Tagebüchern der Staatsmänner, die den Krieg und den Frieden gemacht haben, hervorgeht. Wäre es für die Regierung jetzt nicht an der Zeit, die Betrachtungen über die Frage, was hinsichtlich der Reparationen und Wiedergutmachung geschehen sollte, in diesem Sinne zu lösen, wie es von der internationalen Arbeiterbewegung gefordert wird, nämlich, jedes Unken an den Krieg dadurch auszulöschen, daß

alle Wiedergutmachungen und Reparationen in der ganzen Welt gestrichen

würden. Lansbury meinte, daß ein solcher Schritt heute getan, rasch zur Gesundung der Welt beitragen müßte. Dann werde die Welt ernten, was sie gesät hat, genau so, wie sie jetzt erntet, was sie 1919 und 1920 gesät hat.

Die vorstehende Rede Macdonalds hat bei den Konservativen geteilte Aufnahme gefunden. 200 Konservative traten heute Abend im Unterhaus zu einer Sitzung zusammen. In einer Ansprache betonte Baldwin, die Notwendigkeit der Loyalität gegenüber dem Einheitsführer der Partei. Die Anhänger des Schutzsohls in der konservativen Partei verammelten sich in einem besonderen Raum, um die Rede des Premierministers zu besprechen. Sie scheinen mit Macdonalds Erklärungen über die Bekämpfung des Dumping bei weitem nicht zufrieden zu sein, und sie planen einen Antrag einzubringen, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß in der Thronrede keine besonderen Maßnahmen zur Erhaltung eines allgemeinen Zolltariffs erwähnt worden sind.

Aus dem Ton der Rede Macdonalds schließt man, daß der Premierminister sich durch niemanden drängen oder beunruhigen lassen wird.

„Das Sowjetparadies“

Am 14. Jahrestag der russischen Revolution. Am 7. November hat Sowjetrußland sein 14jähriges Jubiläum gefeiert. Die Sowjetregierung ist stolz darauf, daß sie sich allen Probenzeigungen zum Trotz bisher an der Macht gehalten hat. Deshalb wird jedes Jahr, das ihr das Schicksal vergönnt, mit neuem Eifer gefeiert.

Mit Recht oder Unrecht? Die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands rechtfertigen zweifellos alles andere als Pöbel und große Feste. Im Vordergrund aller wirtschaftlichen Erörterungen über Rußland steht zur Zeit der Fünfjahresplan, der inzwischen in das dritte entscheidende Jahr getreten ist. Er bezweckt in erster Linie den Ausbau der Schlüssel- und Rüstungsindustrie, unter bewusster Auserachtlassung des Konsumbedarfs und dient nicht der Besserung der Lebenshaltung der Bevölkerung, sondern der Wehrbereitschaft für den als unausbleiblich angelegenen kriegerischen Zusammenstoß mit der kapitalistischen Welt. Gewiß sind mit Hilfe des Auslandes und unter großen Entbehrungen der Bevölkerung in den letzten Jahren in Rußland auch zahlreiche neue Betriebe entstanden. Aber das ist für die volkswirtschaftliche Beurteilung der Sowjetunion nicht ausschlaggebend. Der Aufbau der russischen Wirtschaft verläuft trotz des Fünfjahresplans nicht planmäßig. Die Rentabilität der Betriebe ist eine Farce. Mehr als 40 Prozent sind unrentabel. Die Lasten trägt auch in diesem Falle die Bevölkerung, die an sich schon hungert und weder das Strejchrecht noch irgendwelche Freizügigkeit kennt. Schließlich zeigen die völlig ungenügende Kohlen- und Eisenproduktion und das heruntergewirtschaftete Verkehrsnetz mehr als alle Fallstricke der mit ausländischer Hilfe gebauten Fabriken, wie es in Wirklichkeit um den Fortschritt in Sowjetrußland bestellt ist.

Nun versuchen die Sowjets und die von ihnen bezahlten und beeinflussten kommunistischen Nachbeter im Ausland die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion mit dem Hinweis abzutun, daß es in Rußland wenigstens keine Arbeitslosen gibt. Tatsächlich aber geht die Zahl der Hungernden in die Millionen, ohne daß sie auch nur mit einem Pfennig unterstützt werden. Das gilt sowohl für die Industriearbeiter als für die Landarbeiter und die Bauern. Ueberhaupt ist die Behandlung der russischen Bauern durch die Sowjetregierung ein Kapitel für sich. Als die Einzelbauern nicht mehr genügend Getreide abliefern, weil sie selbst nichts hatten, wurden sie in große Kollektivwirtschaften zusammengeschlossen. Mit anderen Worten: Sie wurden als Kleinbauer und Produzent unter Polizeiaufsicht gestellt. Heute ist der Kleinbauer und frühere Miteigentümer des Kollektivs nichts anderes als ein Tagelöhner. Der von der Sowjetregierung angeordnete Zwang zum Eintritt in die Kollektive erweist sich als ein Schachzug zur Enteignung der gesamten Landbevölkerung.

Auf den einzelnen Bauern in den Kollektiven entfallen nach Angabe der Sowjets 70 bis 80, auf Frauen nur etwa 30 Arbeitstage im Jahr. Dementsprechend ist auch der Lohn. In den guten Kollektiven verdient der Bauer 150-200 Rubel im Jahr, einschließlich der aus dem Kollektiv bezogenen Naturalien. Da ein Paar Stiefel 150 Rubel kosten und alle Verbrauchsgegenstände unerschwinglich sind, ist der Bauer gezwungen, sein nacktes Leben durch Schleißhandel zu fristen. Dieser Handel, der gefördert und gestützt wird durch das in Rußland immer noch übliche Kartensystem, hat außerordentlich hohe Preise zur Folge. So kommt es, daß heute in Sowjetrußland für die gleichen Waren drei verschiedene Preisklassen bestehen. Einmal die Genossenschaftspreise für die „Wertfälligen“ und für rationierte Waren, dann die staatlichen „Handelspreise“ in Läden, in denen jeder kaufen kann und schließlich die Preise auf dem freien Markt. Diese Preise verhalten sich etwa wie 1 zu 5 zu 10. Am niedrigsten sind die Preise in den Genossenschaftsläden für die „Wertfälligen“. Nur gibt es hier im allgemeinen nichts zu kaufen. Der Fausthandel spielt sich auf dem freien Markt zu Preisen ab, die für einen Arbeiter einfach unerschwinglich sind.

Objektive Sachverständige haben neuerdings festgestellt, daß der Bauer in den Kollektiven heute nur die Hälfte seines früheren Einkommens bezieht. Trotzdem werden die Bauern weiter attackiert. Aber die „Kulchosburgen“ können den Sowjets einen viel größeren Widerstand entgegensetzen als das früher durch den Einzelbauer möglich war. Tatsächlich weigern sich die „Kulchos“ heute, wie früher der Einzelbauer, das Getreide an den Staat abzuliefern, solange die Selbstversorgung noch zu wünschen übrig läßt. Das Ergebnis des in die Welt hinausposaunten Kollektivierungserfolges, der der gesamten Bevölkerung das Brot und der Sowjetregierung die Existenz sichern sollte, ist also sehr zweifelhaft. Wir sehen das gleiche Bild wie in der Industrie: große Fabriken und ungenügende schlechte Produktion, große Kollektive und nichts zu essen. Dazu kommt die Bedrohung des Fünfjahresplans durch die Weltwirtschaftskrise. Sinkende Rohstoffpreise, schlechte Absatzmärkte machen es den Sowjets immer schwerer, sich die Devisen zu beschaffen, die zum Einkauf der ausländischen Fabrikateinrichtung erforderlich sind.

Außer diesen zwangsläufigen Einschränkungen im Fünfjahresplan hat die Sowjetregierung im letzten Jahr auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung starke Eingriffe vorgenommen. Die russischen Gewerkschaften sind heute völlig zur Machtlosigkeit verurteilt. Sie sind von der Festsetzung der Produktions- und Lohnbedingungen ausgeschlossen. Streiks dürfen sie nicht mehr führen. Nicht einmal die Arbeitsstellen dürfen von den Arbeitnehmern ohne weiteres gewechselt werden. Es herrscht also das System der Zwangsarbeit. Alle „Ertragsgesellschaften“ der russischen Arbeiter stehen nur auf dem Papier der kommunistischen Presse. So können wir auch am 14. Jubiläum des Sowjetreichs nur wünschen, daß dem russischen Arbeiter bald ein besseres Schicksal beschieden sein wird. Bisher war das „Sowjetparadies“ für ihn nur eine Stütze des Hungers und Elends.

Innenministerbesprechung in Berlin

Berlin, 10. Nov. (Eig. Draht.) Der Reichsminister des Innern hat die Innenminister der Länder zum 17. November zur Besprechung der politischen Lage nach Berlin eingeladen. Der Reichsinnenminister beabsichtigt bei dieser Gelegenheit sein innerpolitisches Programm zu entwickeln.

Sparmaßnahmen bei der Reichspost?

Die D.D.Z. erfährt, daß der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost heute das Sparprogramm angenommen, das eine Einsparung von 100 Millionen Reichsmark im Betriebe der Deutschen Reichspost vorsieht. Der Gesamtetat der Reichspost umfaßt 2,2 Milliarden Reichsmark. Die Einsparung der 100 Millionen soll wie folgt vorgenommen werden:

- 60 Millionen auf dem Gebiete der Sachausgaben,
- 15 Millionen bei den Personalausgaben,
- 6 Millionen durch Minderüberweisung an das Reich infolge des Einnahmerückganges,
- 19 Millionen durch Kürzung übertragbarer Titel.

Ueber Gebührentarife bei der Reichspost liegt ein Beschuß des Verwaltungsrates bisher nicht vor. (Wann erfolgt sie? D. Red.)

Aus dem Reichsbankausweis

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 27,8 Prozent gegen 26,9 Prozent in der Vorwoche.

Jeder seine eigene Gistfabrik?

Bedeutende Feststellungen über Gistsepteverbreitung

Das Berliner Tageblatt macht in einem umfangreichen Artikel darauf aufmerksam, daß der durch das Phosgen-Unglück im Jahre 1928 bekannt gewordene Stolzenberg ein Buch „Herstellungsvorschriften für Ultraaigste“ hergestellt hat und vertreibt, das genaue Herstellungs-vorschriften für sämtliche Giststoffe, wie Phosgen, Le-wisite, Perit und so weiter enthält, und zwar in einer Form, die es auch dem heimlich nicht vorgebildeten Laien ermöglicht, die Darstellung zu verstehen und die Rezepte auszuführen.

Außerdem soll nach den Angaben des Berliner Tageblatts der Verfasser sich gleichzeitig erboten, Apparaturen und Rohstoffe zu Experimenten an Hand des Rezeptbuches zu liefern. Das Blatt bezeichnet es als völlig unhaltbar, wenn in einer Zeit, in der die verantwortlichen Behörden mit Recht in der schärfsten Weise gegen jeden Waffenbesitz vorgehen, ein derartiges Buch in den Handel gebracht wird und von jedermann erworben werden kann.

Ferner weist das Berliner Tageblatt mit Recht darauf hin, welche Gefahren damit verbunden sind, wenn jemand tatsächlich auf den Gedanken kommen sollte, in seiner Privatwohnung, inmitten eines dicht bewohnten Wohnblocks Gase herzustellen, bei denen unter Umständen schon der vierte Teil eines Milligramms in einem Kubikmeter Luft die fürchterlichsten Wirkungen hervorrufen kann, was besonders bei den Gasen der Blutengruppe der Fall ist.

Feststellungen

4 Karlsruhe, 11. November.

Wir haben vor einigen Tagen im Volksfreund an Hand eines Aufsatzes in der deutschnationalen Badischen Zeitung darauf hingewiesen, wie man in diesen Kreisen über die Gewerkschaften denkt und wie man sich nicht scheut, selbst gegen Führer der sogenannten „nationalen“ Arbeiterbewegung mit Worten wie „Gewerkschaftsbözen“ um sich zu schleudern, wenn diese einmal gegen den Stachel lösen. Diese Gehässigkeit gegen die Arbeiterbewegung kommt nun noch markanter in einer Rede zum Ausdruck, welche dieser Tage anlässlich der am nächsten Sonntag in Hesse stattfindenden Landtagswahlen der deutschnationalen Partei in Hugenberg gehalten hat, wobei er, aus seinem schwerindustriellen Herzen keine Mördergrube machend, über „die Sorte von Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern“ loszog, die „der nationalen Opposition bei der Reichstagsabstimmung vom 16. Oktober als geschlossener Ring von Gewerkschaftsparteien gegenüberstand“, so daß also für die „Harzburger Front“ nicht nur die Sozialdemokratie, sondern jede Partei eine „Gewerkschaftspartei“ ist, die sich den auf Hugenberg, Hitler und Selbte gestützten Scharfmacherplänen widersetzt. Der Grund dieser Hege gegen die Gewerkschaften wird allerdings sofort klar, wenn man aus dem Munde Hugenbergs, der bei dieser Gelegenheit den ihm sonst befreundeten Nationalsozialisten einen Hieb verleiht und Hitler unter Bezugnahme auf dokumentarisches Material warnt, ihm einen Fußtritt zu geben, folgende Erklärung vernimmt:

„Wir Deutschnationalen sind nicht Sozialisten, sondern ausgesprochene Anhänger der Privatwirtschaft.“

So sieht also das Wirtschaftsprogramm des deutschnationalen Führers aus, der sich in dem tschechischen Hitler eine pathologisch-phantastische Figur geschaffen hat, mit der das deutsche Volk durch eine leuchtende Massenillusion dazu veranlaßt werden soll, seine besten Volks- und Staats-traditionen selbst zu zerhauen. Begreiflich, daß jemand Tod-feind der Gewerkschaften sein muß, der Tarifverträge und Sozialpolitik wie den Teufel haßt; begreiflich, daß jemand die Sozialdemokratie als die Partei des gemeinwirtschaftlichen Gedankens bis in Innerste bekämpfen muß, der schon aus egoistischen Motiven um des Privatkapitalismus willen sein Seelenheil hundertmal verkauft.

Diese Hege der deutschen Faschisten gegen sozialistische Gedanken nimmt sich jedoch recht wunderbar aus in dem Augenblick, in dem selbst im musolinischen Italien der Staat dazu übergehen muß, einen stärkeren Einfluß auf die Wirtschaft zu nehmen. Im Anschluß an den Zusammenbruch der größten Aktienbank Italiens, der „Banca Commerciale Italiana“, — ein von uns vorige Woche im Volksfreund bereits behandelte Fall, der zeigt, daß Bankpleiten und Stützungsaktionen nicht nur im „demokratischen“ Deutschland, sondern auch im faschistischen Italien zu finden sind — hat nämlich der italienische Ministerrat eine weitgehende Kontrolle des italienischen Staates über die Industrie beschlossen. Es wurde, wie uns aus Rom berichtet wird, in Verbindung mit der staatlichen Stützungsaktion für diese Bank ein halb staatliches Kreditunternehmen gegründet, das den Industriebetrieb jener Großbanken aufnimmt und darüber hinaus den Industrie-Kredit gewährt und sich an ihnen beteiligen kann. Das neue italienische Kreditinstitut steht unter der direkten Kontrolle des Finanzministeriums. Das bedeutet politisch die Unterstellung des Industriekapitals unter die völlige und direkte Abhängigkeit vom Staat, zumal keine Bank von Bedeutung künftig mehr Industrien finanzieren kann und dafür nur das halbamtliche Kreditinstitut in Frage kommt. Man sieht daran, daß selbst der musolinische Faschismus nicht vor sozialistischer Injektionen schützt.

Mögen Hugenberg und Hitler noch so sehr auf Gewerkschaften und Sozialismus schimpfen, die Zukunft gehört uns trotz alledem. Und es ist gerade der von unseren Feinden so sehr verächtete Marxismus, der uns diesen Glauben zur Gewißheit macht. Denn es ist ja Karl Marx gewesen, der diese Wendung zu sozialistischen Maßnahmen als eine Zwangsläufigkeit aus der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erklärt hat. Und wenn jetzt selbst das musolinische Italien zu staatssozialistischen Maßnahmen greift, so zeigt sich eben, daß selbst der Faschismus kein Kraut gegen den „Marxismus“ kennt, mag man seine Vertreter noch so sehr lästern. Trotz Hugenbergs und Hitlers Geschrei über „Gewerkschaftsbözen“ wird der im Sozialismus geeinten Klasse der Hand- und Kopfarbeiter die Zukunft gehören!

Mag die Reaktion durch offene und versteckte Manöver auch alle Veruche machen, den Fortschritt der Welt aufzuhalten und — wie die Wirtschaftskrise zeigt — lieber die ganze Welt in Trümmer gehen lassen als einen Dent von ihrer Machtigkeit und Profitlust abzulassen, so wird der Sieg der Arbeiterklasse doch nicht ausbleiben, wenn diese geschlossen und gestärkt unter Anwendung der in der heutigen strategischen Lage gebotenen Mittel ihren Zielen zustrebt. Der vorgelagerte Schieds-spruch in der Berliner Metallindustrie zeigt, daß endlich mit der bisherigen Art und Weise der einseitigen Lohnsenkung ohne die entsprechenden Preisentfaltungen Schluß gemacht werden muß. Alle Welt wird und muß nachgerade erkannt haben, daß der uferlose Lohnabbau statt zur Besserung, zur außerordentlichen Verschärfung der Wirtschaftskrise geführt hat und daß der Lohnabbau die Kaufkraft völlig droffeln muß, wenn ihm nicht eine entsprechende Preisentfaltung zur Seite steht. Schluß mit dem Lohnabbau muß daher heute die Parole heißen. Die sich überschlagende Wirtschaftskrise sollte daher nach den zunehmenden Bankzusammenbrüchen und der immer mehr zurückgehenden Kaufkraft auch dem eingefleischtesten Kapitalisten zeigen, daß so, wie es die feudale und schwerindustrielle Reaktion will, die Wirtschaftskrise nicht zu lösen ist. Die Rezepte der Reaktion führen immer stärker ins Unglück. Die fortgeschrittene Technik der Gegenwart bedarf der planmäßigen Wirtschaft einerseits und der Kaufkrafthebung andererseits. Die Durchführung dieser Maßnahmen bedeutet jedoch die Entwicklung sozialistischer Maßnahmen. Mag daher die Reaktion schreien und hegen wie sie will: Die Zukunft gehört dem Sozialismus!

Preisstützung an den amerikanischen Getreidemärkten

Chicago, 10. Nov. In den Getreidemärkten erfolgte heute die seit langem erwartete Reaktion auf die infolge Spekulation schnell und sprunghaft erfolgten Preissteigerungen der Vormoche. Die Bewegung nahm von Roggenmarkt ihren Ausgang, an dem umfangreiche Reaktionen erfolgten, während die Aufnahmemeinung überst gering blieb.

Deutsche Unternehmermoral

Zierden aus der deutschen Kapitalistenwelt

Das deutsche Unternehmertum ziert wie besessen über die angebliche Unerträglichkeit der sozialen Lasten und besonders auch über die unerträglich hohen Löhne. Man weiß aber, daß die Unternehmerkreise, die nicht Eigentümer der von ihnen geleiteten oder meistens in ihrer Kontrolle stehenden Unternehmen sind, für die organisierte Hege gegen den heutigen Staat und für Putschisten außerordentlich reichliche Geldmittel jahraus jahrein zur Verfügung stellen können; ferner jährlich enorme Ausgaben für Rennpferde, Luxusfahrzeuge, für die verschwenderische Ausstattung ihrer Behausungen für teure Weiber usw. machen. Und je weniger solche Unternehmerkreise, und je sind in Deutschland zahlreicher als die meisten Menschen ahnen und wissen, mit Fleiß und Sorgfalt ihrer Pflicht sich widmen, je leichtfertiger sie bei ihren geschäftlichen Dispositionen verfahren, umso üppiger ist ihr persönliches Leben, umso stärker geben sie sich schrankenlos einem Pralier- und Schlemmerleben hin. Schon längst erregen gerade die deutsche Unternehmerkreise im Ausland Anmut und herbe Kritik infolge des profenhaften und schlemmerischen Auftretens in den Mode- und Luxusbädern aus, an den Orten der Spielhöllen und wo immer der genießende und prassende Lustpöbel der Welt sich ein Stellbühnen gibt. So toll treiben es deutsche Unternehmerkreise, daß ihr Treiben allgemach auch rein bürgerlich und privatkapitalistisch eingestellten Zeitungen zu bunt wird.

So ist in der Frankfurter Zeitung zu lesen:

„Fast täglich treten an uns Berichte heran, die mit Befremden konstatieren, wie ein solches Leben insolvente Unternehmer und geschleierter Konzernführer noch zu führen in der Lage seien. Persönlichkeiten, die ihren gläubigen Willen in betragsmäßig schwebelhaften Konsumausgaben aktiv mitanzusehen haben, werden bald in erstickten Restaurants, bald auf teuren Theaterplätzen gesehen, oder man weiß, daß sie nach wie vor in der Lage sind, pompöse Haushaltun-

gen in schloßartigen Villenkomplexen aufrechtzuerhalten. Mit welchen Mitteln führen diese Leute ein solches Leben?

Ein hohes Einkommen ist das berechtigte Ergebnis privatwirtschaftlichen Erfolges, gerechtfertigt vor allem durch die Gewissheit, daß im Kapitalismus der Unternehmer auch das volle Risiko zu tragen, also mit dem ganzen Vermögen für seine Schulden oder für schuldhaftes Verhalten einzustehen hat. (Nebenbei sei an den Unternehmer, der sich weisheitsfrei an ihren Unternehmungen angeschlossen hat, ein Leben weiterzuführen in der Lage sind, so muß man fragen, wo dann die kapitalistische Moral bleibt und wie man der Arbeitnehmerschaft gegenüber oder gegenüber den aus dem Arbeitsprozess ausgeschiedenen Millionen den kapitalistischen Gewinn noch rechtfertigen will. Hier offenbar sich also eine gar nicht ernst genug zu nehmende Entartung des Systems, eine Entartung, die mit der Entwicklung zum Subventionen- und Liebesgabenkapitalismus, wie er sich nach dem Krieg vollzogen hat, aufs engste zusammenhängt.

Die Atmosphäre der staatlichen Existenzgarantierung für Unternehmer hat das Gefühl der Verantwortung zerstört. Es kommt an dem Unternehmer nicht mehr darauf an, wer sich bewährt; wer einmal vorreicht für alle Zeiten. Und ganz offen trägt man noch ein annehmendes Verhalten zur Schau, nehmst auf schwerwiegende Mängel und Verschönerungen des Reiches. Ohne derartige Entartung der Anschauungen über die Unternehmerverantwortlichkeit wäre es, nebenbei bemerkt, auch kaum denkbar, daß im neuen Wirtschaftsbereich der Reichsregierung ein Injektionserfolg, dessen berüchtliches oder schiefliches Unternehmen nur durch das Entgegenkommen der Banken und die Subventionen der Regierung vom Konkurs bewahrt worden und noch heute als lebensunfähig anzusehen ist.“

Das ist so deutsche Art und Sitten, wie sie in weiten deutschen Kapitalistenkreisen üblich ist. Und diese Gesellschaft magte es noch, sich über die Leistungen der Sozialgesetzgebung aufzuregen, und den Arbeitern Einschränkungen der ohnehin kümmerlichen Lebenshaltung zu predigen.

Sozialdemokratische Krisenbekämpfung im Ausland

Der Parteitag der belgischen Sozialdemokratie

Der Parteitag der belgischen Sozialdemokratie, der am Samstag und Sonntag im Brüsseler Volkshaus abgehalten wurde, stand im Zeichen der Wirtschaftskrise, die in den letzten Monaten auch Belgien immer stärker erfasst hat.

In dem von dem Parteitag einstimmig angenommenen Wirtschaftsplan wird zunächst ausgesprochen, daß eine endgültige Lösung der Wirtschaftskrise im Rahmen der heutigen Gesellschaft unmöglich ist, daß aber gewisse Maßnahmen getroffen werden müssen, um die materielle und seelische Lage der Arbeiterschaft während dieser Krise zu mildern. Die sozialistische Parlamentsfraktion wird deshalb aufgefordert, in der Kammer und im Senat für die unmittelbare Verwirklichung folgender Forderungen einzutreten: 1. Einen menschlichen Mindestlohn für die Arbeiter, 2. erweiterte Beteiligung der bestehenden Arbeitslosen, u. a. durch Verallgemeinerung der 40stündigen Arbeitswoche bei unverminderten Löhnen, 3. Verschärfung der Arbeitsinspektion, 4. Sofortige Einleitung großer produktiver öffentlicher Arbeiten durch Staat, Provinzen und Gemeinden, 5. Stärkung der Arbeitsmittel der Gemeinden, um sie in den Stand zu setzen, die Arbeitslosenunterstützung fortzusetzen, 6. Schaffung eines Krisenfonds für die kleinen Landwirte, 7. Finanzhilfen in Industrie und Handel unter öffentlicher Kontrolle, insbesondere in den großen bereits zur Sozialisierung reifen Industriezweigen, 8. Kontrolle der Banken und der Kreditgewährung, 9. Außenpolitik gemäß dem von der Internationale niedergelegten Grundbühnen und insbesondere auch Anerkennung der Sowjetrepublik.

Auf dem Parteitag wurde ferner mitgeteilt, daß der Kammer demnächst ein sozialistischer Gesetzentwurf zur Kontrolle der Banken vorgelegt werden wird.

Zur Organisation des Rundfunks

Im Zusammenhang mit einem im Berliner Rundfunk gehaltenen Vortrag von Paul Höpfermann über das Thema „Arbeiterschaft und Staat“ ist es innerhalb des Ueberwachungsanschlusses zu Unstimmigkeiten in der Frage gekommen, ob einzelne Stellen dieses Vortrages als parteipolitisch anzusehen sind und deswegen gestrichen werden müßten. Der Vertreter des Reichsinnenministeriums hat einige Stellen des Vortrages als parteipolitisch beanstandet; er wurde aber von den preussischen Vertretern überstimmt.

Reichsinnenminister Groener hat ebenfalls nach Prüfung des Vortragsmanuskripts den Standpunkt eingenommen, daß der Vortrag stellenweise parteipolitischen Charakter trage. Der Minister hat dieser Meinung in einem Schreiben an das preussische Staatsministerium betont, daß das Manuskript teilweise parteipolitischen Charakter habe. Um diesen Akt erhielt Staatssekretär Weismann dieses Schreiben und telephonierte dem Reichsinnenminister, daß er nichts mehr tun könne, da der Vortrag bereits gehalten sei.

Wie wir hierzu erfahren, hält Reichsinnenminister Groener die bestehende Organisation des Rundfunks für unmöglich, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß in den Ueberwachungsanschlüssen der örtlichen Sendegesellschaften immer nur ein Vertreter des Reiches zwei Ländervertretern gegenübersteht, also in jedem Falle überstimmt werden kann. Der Minister beabsichtigt, beschleunigte Schritte für eine Abänderung der Rundfunkorganisation zu unternehmen.

Falsche Gerüchte über Zwangskonvertierung

W.B. meldet: Zu den Gerüchten über angebliche Zwangskonvertierungspläne für deutsche Werte wird mitgeteilt, daß niemals von irrendemher Seite auch nur erzwungen worden ist, Auslandsanleihen zu konvertieren. Weder die Regierung von privater Seite nabegedachten Gedanken, Inlandsanleihen zu konvertieren, haben in der Reichsregierung keinerlei Erörterungen stattgefunden.

Josef Lübbring †

Der Volkseisenpräsident von Dortmund, Genosse Lübbring, ist an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Lübbring war Mitglied der Nationalversammlung und der später gemäßigten Reichstages. Nur dem letzten Reichstag gehörte er nicht an.

Die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen

Der Reichspräsident hat am Dienstagabend auf Grund des Art. 45 der Reichsverfassung eine Verordnung über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen erlassen.

Die Verordnung sieht vor, daß die Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse überfordert worden sind, in vorläufigen Fällen bei der Aufwertungssachen den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nachholen oder ihn, sofern er bereits rechtskräftig abgewiesen war, erneuern können. Voraussetzt ist, daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse geschaffene Lage nicht schon in einem früheren Zahlungsfristverfahren berücksichtigt worden konnte. Mit dieser Maßnahme sind die beteiligten Organisationen, mit denen die Frage erörtert ist, im wesentlichen einverstanden.

Die Voraussetzungen, unter denen die Zahlungsfrist bewilligt werden kann, sind dieselben, wie nach dem Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungssachen vom 18. Juli 1930. Vereinbarungen zwischen Gläubiger und Schuldner über die Rückzahlung werden nicht angefaßt. Dem Wunsch der Schuldner, möglichst die vor der Aufwertungssache geschlossenen Verträge in die Neuregelung einzubeziehen, ist nicht stattgegeben worden, da gegen ein solches Eingreifen in vertragliche Bindungen schwerwiegende arbeitsrechtliche Bedenken bestanden.

Nach der Verordnung kann weiter den Schuldner von Schuldverpflichtungen und verwandten Schuldverpflichtungen eine Zahlungsfrist für die am 31. Dezember 1931 fällig werdenden aufgewerteten Kapitalbeträge — nicht aber für die bis zum 31. Dezember 1931 geschuldeten Tilgungsbeträge — in ähnlicher Weise gewährt werden, wie dies in dem Aufwertungssachenabgesetz vom 18. Juni 1930 für die Schuldner aufgewerteter Hypotheken vorgesehen ist.

Die Zahlungsfrist, die nur bis zum 31. Dezember 1934 bewilligt werden kann, und während deren Rückzahlung Teilzahlungen geleistet werden sollen, darf nur gewährt werden, wenn der Schuldner infolge der Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage über die Rückzahlung erforderlichen Mittel nicht verfügt, sie sich auch nicht zu summierten Bedingungen verschaffen kann, oder wenn die Rückzahlung nicht ohne Gefährdung der Fortführung des Unternehmens erfolgen könnte. Die gestundeten Beträge sind ab 1. Januar 1932 mit 7 1/2 Prozent u. S. jährlich zu verzinsen und mit einem Aufgeld von 2 v. S. für jedes angefangene Kalenderjahr, für das die Stundung in Anspruch genommen wird, zurückauszahlen. Für die Dauer der Stundung darf der Schuldner keine Gewinne an die Gesellschaften ausschütten und in der Regel auch keine Forderungen zahlen.

Zuletzt ist die Bewilligung der Zahlungsfrist ist die bei den Oberlandesgerichten nach früheren Verordnungen gebildete Spruchstelle muß spätestens bis zum 30. November erfolgen.

Der Arbeitsmarkt im Reich

Die Ziffern der Not

Die vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter ergeben nach dem Bericht der Reichsanstalt für den 31. Oktober einen Stand von rund 4 622 000. Seit dem Stande vom 15. Oktober, der sich nach den endgültigen Meldungen auf rund 4 484 000 Arbeitslose belief, ist somit eine Zunahme um rund 138 000 eingetreten, die im wesentlichen den Niederstlag der jahreszeitlichen Bewegung am Arbeitsmarkt darstellt. Die Gesamtzunahme seit dem tiefsten Stand Ende Juni beläuft sich auf rund 669 000, während im Vorjahre vom Tiefpunkt bis Ende Oktober ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um rund 617 000 zu verzeichnen war.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Dauerunterstützungsempfänger um rund 43 000 auf rund 1 185 000 erhöht, in der Krisenfürsorge um rund 58 000 auf rund 1 350 000. Mehrfach wird von den Arbeitsämtern darauf hingewiesen, daß verhältnismäßig viele Arbeitnehmer sich arbeitslos melden, die während des Sommers nur wenige Monate gearbeitet haben und daher keine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erwerben konnten. — Für Ende September liegt jetzt auch die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtsverbandslosen mit rund 1 208 000 vor. Zu jenem Zeitpunkt verteilten sich die unterstützten Arbeitslosen zu 67,3 Prozent auf die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge und zu 32,7 Prozent auf die öffentliche Fürsorge. In der Zwischenzeit ist durch die Kürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung eine Verschiebung bauartmäßig zu Lasten der Krisenfürsorge eingetreten.

Besprechung über das Mietrecht

Berlin, 10. Nov. Am 9. und 10. November ist im Reichsinnenministerium mit Vertretern der Justiz, Wohnungs- und Wirtschaftspräsidenten der Länder die Frage der künftigen Entwicklung des Mietrechts besprochen worden.

Freistaat Baden

In Durlach an den Bäumen aufknüpfen

Wo bleibt die Staatsgewalt?
Man schreibt uns:
Das törichte Geschwätz vom Verschwinden des Marxismus wird von den Nationalsozialisten immer wieder in die Welt hinausgeschleudert. In einer öffentlichen Versammlung tat es in Durlach der Nationalsozialist Kemper in bekannter Brabrierei. Er will an die Stelle des Marxismus den Idealismus setzen. Hat dieser eine Chance vom Marxismus? Jedenfalls hat er noch keine einzige Schrift oder ein Wort von Marx zur Hand gehabt. Gedankenlos wird nachgeplappert: „Kampf dem Marxismus! und was damit zusammenhängt!“

In derselben Versammlung sprach der nationalsozialistische Rechtsanwalt Rupp aus Karlsruhe. Auch er prägte den Satz: „Der größte Feind ist der Marxismus.“ Rupp Vater war der frühere konterrativ Reichstagsabgeordnete Rupp in Sinsheim. Obwohl er, wie schon bemerkt, konterrativ war, hat er öffentlich vom Marxismus noch mehr verstanden, wie sein draufgängerischer Sohn, der als Mitglied des Reichstages nun doch sich hätte lohnen sollte, sich dieses Zeug über den Marxismus in einer Volksversammlung zu versapfen.

Es ist immer belustigend, wenn man hört, welche Hoffnungen im allgemeinen die Nationalsozialisten für die nächste Zeit hegen. So sagte Rupp in der Durlacher Versammlung: „Wenn heute Reichstagswahlen wären, würden wir mit 200 Mann in den Reichstag einziehen.“ Was dann, muß man sich fragen? Auch die 200 Mann würden die Krise nicht beheben, das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen können.

Weiter ist beachtenswert, daß die Nationalsozialisten immer mit dem Bürgerkrieg spielen. Wenn sie sich nur nicht dabei die Finger verbrennen. Rupp meinte an dem gleichen Abend, wenn am 17. Oktober der Reichstagsbrand geblüht worden wäre, dann hätte man den Bürgerkrieg dadurch verhindern können. Nach Rupp ist er also nicht mehr zu verhindern und muß ausgetümpelt werden. Wie sich ihm Rupp denkt, hat er in dem folgenden Satz niedergelegt, der da lautet:

„Wenn wir Nationalsozialisten am Ruder wären, würden wir die Missetäter, dieses marxistische Gefindel, draußen in Durlach an den Bäumen aufknüpfen!“

Das meint man in der Arbeiterstadt Durlach zu sprechen. In einer Stadt, die zu drei Fünftel aus Arbeitern besteht. Man sieht, wie weit die Frechheit dieser Geistes vom Schlage eines Rupp geblieben ist, ohne daß die Staatsgewalt eingreift. Er soll sich hüten, solche Drohungen öfter auszusprechen. Glaubt er denn, daß sich die Durlacher Sozialisten von den Nationalsozialisten plattweg an den Bäumen aufknüpfen lassen? Er dürfte sich schwer täuschen. Rupp hat seinem frechen Ausspruch hinzugefügt: „Die Auseinandersetzung muß kommen.“ Nun wohl! Muß sie kommen, dann dürfte es auch den Nationalsozialisten dabei nicht besonders auf gehen.

Symptomatisch ist aber, daß die Nationalsozialisten ständig zum Bürgerkrieg hegen und förmlich darauf hin arbeiten. Zur schweren sozialen Krise noch die politische Krise! Die Nationalsozialisten treiben ein gefährliches Spiel! Es könnte der Tag kommen, an welchem sie ihre jetzige Winter- und Aufhebungsarbeit schwer zu bereuen haben.

In seinem Schlusswort gab Rupp wegen der Durlacher Bürgerkriegs- und Hoffnung Ausdruck, daß im nächsten Frühjahr die Stadt Durlach von einem nationalsozialistischen Bürgermeister regiert werde. — Soweit werden es sicher die dortigen bürgerlichen Parteien bringen.

Im übrigen muß man nach all diesen Drohungen fragen, wo bleibt die Staatsgewalt? Schläft sie, daß sie ohne einzugreifen, all dies schweigend hinnimmt?

Weitere Kommunistenverhaftungen in Freiburg

RTB. meldet aus Freiburg: Im Zusammenhang mit der in der letzten Zeit beobachteten Verteilung von kommunistischen Zeitschriften unter Beamte der Freiburger Schutzpolizei und wegen Vertriebes kommunistischer Schriften hochverräterischen Inhalts sind in den letzten Tagen weitere Verhaftungen erfolgt. Insbesondere wurden elf Personen in Freiburg, darunter drei Studenten, unter dem dringenden Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen.

Die Winterfürsorge

Als Ergebnis einer Vorkonferenz interkommunistischer Kreise im Ministerium des Innern wurden folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Sowohl der Einzelhandel, wie die Konsumvereine, ebenso die Spezialitäten der Wälder, Metzger und Kohlenhändler Badens sind freiwillig bereit, an der Verbilligung der Verbrauchsgüter des täglichen Lebens für die notleidenden Kreise der Bevölkerung nach besten Kräften mitzuwirken.
2. Alle Einzelheiten sollen kritisch in den Städten und Gemeinden gemeinsam mit den Trägern der Wohlfahrtspflege geregelt werden.
3. Bei der Verbilligung im Lebensmittelhandel soll auf Vorkaufsrecht der Landeszentrale des Einzelhandels ein Höchstmaß von 7% Prozent gelten.
4. Einmütigkeit besteht darüber, daß unter keinen Umständen diese Verbilligungsmassnahmen zum Anlaß von Preiserehöhungen genommen werden darf. Es handelt sich um ein freiwilliges Wohlfahrtsopfer, das die Mitglieder der erwählten Organisationen von Handel und Gewerbe den notleidenden Volksgenossen bringen und endgültig tragen.

Die Pachtzinsen der Domänengüter

Der Staatsanzeiger teilt mit:
In den letzten Tagen häufen sich Zeitungsmeldungen über Vermittlungen, in denen die Pächter der Staatsdomänengüter gemeinbeweise eine Herabsetzung der Pachtzinsen um 30 v. S. und mehr für sich beanspruchen. Die Regierung ist bereit, zur Verringerung von Notständen in begründeten Fällen durch Pachtnachlass entgegenzukommen, wie sie es auch in den vergangenen Jahren regelmäßig getan hat. Auch Pachtzinsminderungen sind im Rahmen des Möglichen wieder bereitwillig gewährt worden. Die Regierung kann aber den Versuch, eine allgemeine Pachtzinsherabsetzung durch Zahlungsverweigerung zu erzwingen, nicht als sachlich begründet anerkennen und wird ihm mit den abgesehenen Mitteln entgegenzutreten müssen. Das verlangt schon die Rücksicht auf die Steuerzahler, da die Pachtzinsausfälle zur Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt auf andere Weise gedeckt werden müssen.
Daß gerade auch in tabakbauenden Gemeinden die Forderung auf Pachtzinsherabsetzung besonders laut erhoben wird, läßt bei den diesjährigen guten Tabakpreisen die Forderung nicht begründeter erscheinen.

Aus aller Welt

Deportation der ausländischen Cyprioten

London, 10. Nov. Der Daily Express meldet aus Jerusalem: Nach Meldungen aus Cypern wurde der Sitz des obersten englischen Verwaltungsbeamten in der Gegend von Famagusta in Brand gesetzt. Die Angestellten der kürzlichen Unruhen sind zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden. Ferner wurden 400 Verdächtige deportiert.

Der Lübecker Kindersterben-Prozess

Lübeck, 10. Nov. Im weiteren Verlauf der Vormittagsverhandlung kam es zu einem sehr erregten Zwischenfall, dem sich tumultuarische Szenen angeschlossen, so daß der Vorsitzende sich genötigt sah, die Sitzung zu unterbrechen.

Sanktpleite in Frankreich

Paris, 10. Nov. (Eig. Meldung.) Die Bank Druare et Cie. in Chalons sur Saone hat am Dienstag infolge großer Abhebungen ihre Zahlungen einstellen müssen. Die Bank besteht seit hundert Jahren und genöß in Chalons großes Ansehen.

67 Schafe vom Zuge getötet

Hagenburg, 10. Nov. Zwischen den Bahnhöfen Landsbut und Eröding geriet nachts eine unbewachte Schafherde auf den Bahnübergang. Von einem Personenzug, der in die Tiere hineinfuhr, wurden 67 Schafe getötet. Da auch später noch immer Tiere auf dem Bahnübergang umherirrten, mußten die Züge verschiedentlich anhalten.

Der Schwager des Präsidenten Hoover wegen Verstoßes gegen das Alkoholverbot verhaftet

Santa Monica (Kalifornien), 10. Nov. Bannes Davitt, der Schwager des Präsidenten Hoover, wurde heute unter dem Verdacht, neunzehn Flaschen Alkohol zu besitzen verhaftet. Mit ihm wurde noch ein anderer Mann mit Namen Deiles, ein Kolonialwarenhändler, zur Polizei gebracht. Die beiden Verhafteten wurden dann gegen Stellung einer Kaution von 250 Dollars wieder auf freien Fuß gesetzt, da sie behaupteten, unschuldig zu sein.

Schiffskatastrophe in der Biscaya

Bordeaux, 10. Nov. Nach einem von der heiligen Jungfrau aufgefundenen Funkpruch befand sich der Dampfer „Gorgios“ auf 45,37 Grad nördlicher Breite und 7,22 Grad westlicher Länge in Seenot (die angegebene Position liegt in der Biscaya). Aus einem weiteren Funkpruch scheint hervorzugehen, das es einem Dampfer gelungen ist, einige Leute von der „Gorgios“ zu retten, doch sollen noch weitere 18 Mann an Bord des Schiffes gemeldet sein. Von der „Gorgios“ fehlt seit diesem zweiten Funkpruch jede Spur.

Letzte Nachrichten Akademischer Nachwuchts

Warschau, 11. Nov. (Funkdienst.) In Warschau kam es am Dienstag vor dem anatomischen Institut zu schweren Schlägereien zwischen Nationaldemokraten und jüdischen Studenten. Mit Steinen und Steinern schlugen die Gegner aufeinander. Ein nationaldemokratischer Student wurde durch einen Steinwurf auf der Stelle getötet. Wer ihm diese tödliche Verletzung beigebracht hat, konnte trotz der sofort eingeleiteten Untersuchung nicht festgestellt werden. Die Universität selbst wurde geschlossen.

Japanische Mache mit Mutden

London, 11. Nov. (Funkdienst.) Mutden ist am Dienstag nach den hier vorliegenden Meldungen zur unabhängigen Provinz proklamiert worden. Die Verkündungseremonie erfolgte in Gegenwart japanischer Offiziere, wie die Staatsgründung überbaut auf japanische Einflüsse zurückzuführen ist.

Volkswirtschaft Badischer Herbstbericht

Man schreibt uns: Die Weinbau und Kellereiwirtschaft berichtet, ist der Herbst nunmehr wohl überall beendet. Mehrfache Fröste gegen Ende Oktober haben das Blattwerk zum Abfallen gebracht, so daß längeres Hängenlassen der Trauben nicht mehr viel Wert hatte. Man ist mit dem Ertrag im allgemeinen zufrieden. In der Markgrafschaft gab es weniger Wein als in den letzten Jahren, weil die Traubensäfte stark um sich griff, dagegen war in Mittel- und Nordbaden die Ernte betriebsmäßig. Vor allem im Taubertal war der Sektoliter-Ertrag größer als seit Menschengebden. Die durchschnittlichen Mostgewichte betragen: bei Elbing und Rühlings 50-64 Grad mit 13-16 % Säure, bei Gutedel 70-82 Grad mit 10-12 % Säure, bei Silvaner 66-90 Grad mit 8-14 % Säure, bei Riesling 70-92 Grad mit 9-13 % Säure, bei Ruländer 66-112 Grad mit 9-14 % Säure, bei Burgunder 74-103 Grad mit 8-14 % Säure. Außergewöhnlich hohe Mostgewichte hatte ein Teil der Burgunderlese des Seltisgeißpitals in Freiburg mit 122 Grad und eine Ruländer-Beerenauslese vom Wankenhornberg mit 117 Grad Oechsle. Charakteristisch für die diesjährigen Moste sind trotz der mangelnden Sonnenwärme die verhältnismäßig hohen, jene des Jahrgangs 1930 übertrifftenden Oechsle-Grade bei gleichzeitig hoher Säure. Wenn sich diese Säure genügend abgebaut hat, werden deshalb recht schöne Weine aus den nicht zu früh gelesenen Trauben des diesjährigen Jahrgangs entstehen. Das Rebgut Lauba des Weinbauinstituts hat in diesem Jahre von den im Jahre 1929 geernteten Proportien schon einen Herbst erhalten mit 78 Grad Oechsle bei Silvaner und 83 Grad bei Riesling. Für gute Marktgrößen werden 40-50, für Weinstersheimer 20, für Seefeldener 21, für Hängelheimer 34, Ballrechter 40, Laubener 50, Dacher Fellenhild und Luugener Letten 20 M je Hektoliter bezahlt. Im Bosensee kostete 1 Hektoliter 30 M, im Weisnau 17-20 M (Eiblingweine). Clotteraler 54-67 M. Am Kaiserstuhl kostete Ruländer 56, Weisberber 62, Eiblingweine 36 M, in der Ortenau, wo noch wenig verkauft ist, wurde für Weisberber 50-55 M, im Taubertal 40 M bezahlt.

Die Badische Pfalz G. m. b. H. in Konkurs

Die seit 1918 in Heidelberg bestehende, mit einem Gesamtkapital von 185.000 M arbeitende gemeinnützige Siedlungsgesellschaft „Badische Pfalz G. m. b. H.“, die sich schon seit einiger Zeit in Zahlungsunfähigkeit befindet, hat jetzt Konkurs anmelden müssen. Die Gesellschaft hat die Unternehmungen der badischen Staat, die Stadt und der Kreis Heidelberg, zahlreiche Gemeinden in den Umgebungen Heidelbergs sowie eine Anzahl Privatpersonen und Firmen hier und auswärts.

Medikamentenverwechslung

Wien, 11. Nov. (Funkdienst.) Im Krankenhaus von Neutra (Tischhofstraße) wurden drei Geistesgestörte die Opfer einer Medikamentenverwechslung. Den Kranken waren während eines Tobtsuchtsanfalles von dem diensttuenden Arzt Injektionen verabreicht worden. Am nächsten Morgen fand man alle drei tot auf. Die Untersuchung ergab, daß die Injektionsflüssigkeit aus einer Morphiumlösung bestand, die in der verabreichten Dosis unbedingt tödlich wirken mußte.

Wassernot im Osten

Die Katastrophe an der Warthe

Wenn der Mississippi über die Ufer tritt, dann spielen die Telegenossen die ganze Welt nimmt, mit Recht, Anteil an dem gewaltigen Naturereignis. Wenn in Deutschland seit Jahren gewisse Landschaften den Einwirkungen des Hochwassers, des dauernd steigenden Grundwassers und schließlich dadurch der Vernichtung ausgesetzt sind, dann nimmt die Öffentlichkeit dieses Unglück gleichsam als eine gottgemachte Tatsache hin. Das sibirische Wasser der Warthe hat die Felder der Bauern überflutet, ihr Besitz ist wertlos geworden. Sie haben viele Sachverständige, die mit ernsten Gesichtern das Gebiet der Zerstörung bereisten und besichtigten. Sie hörten viele Versicherungen der Hilfsbereitschaft, aber dabei blieb es. Das Wasser steigt, das Land vermodert, verunreinigt.

Nördlich der Warthe dehnt sich ein mellenweites Waldgebiet. Ein Glück, ein Segen war früher dieser Wald. Die Bäume hatten ein ungeheuerliches Bedürfnis nach Wasser. Sie hielten in dem gesamten Warthe- und Nebebereich den Grundwasserspiegel niedrig, sie erst ermöglichten den Bauern die Feldbestellung. Wenn die Warthe einmal übermühtig wurde, dann tranken die Wurzeln einen großen Teil des Hochwassers weg. Aber eines Tages — es war im Jahre 1925 — haben die Forstmänner mit Entsetzen, daß hier herrliche, helfende und schützende Wald zum Tode verurteilt war: die Forsteute, diese ackerbauige Pflanze, hatte ihn erobert. Der Wald mußte fallen, die toten Bäume mußten neuem Leben, jungen Pflanzungen weichen. Die armen Waldleute begrüßten das zunächst: ihnen brachte das Naturereignis Arbeit und Verdienst; sie kamen aus den umliegenden Dörfern, aus Masdel und Böhlsche, aus Freude, Waite, um unter der Aufsicht der Förstereien Rotbeide, Wilhelmshof, Zablonka und wie sie alle heißen, die Erneuerung des Waldes zu vollenden. Für zwei Jahre gab es im Kreise Schwerin kaum Arbeitslose.

Aber junge Bäume brauchen nicht viel Wasser. Mit Grauen haben die Bauern, wie das Grundwasser stieg, Zentimeter um Zentimeter, langsam, aber stetig. Weiße Feldstreden an der Warthe sind heute Seen, in denen die Gehölze einsame Inseln bilden.

Nächste Woche!

Große Wohlfahrts-Geld-Lotterie

Ziehung 19. November

- 38000
- 15000
- 10000
- 5000

Preis 50 Pf. Porto, Liste 30 Pf.

Stürmer

Mannheim 0 7, 11

Postsch. 17043 Karlsruhe

u. alle Wiederverkäufer

Brantleule!

Gesellschaftsanzahl:

- 6 Parabebezüge
- 6 Parabebezüge
- 6 glatte Hüften
- 6 Bettdecken

neu, zum Spottpreis von 90 Mark zu vert.

Offert unter Nr. 8268 an den Volksfreund.

Kluge Geschäftsleute

schätzen den Arbeiter als Kunden. Sie inserieren deshalb im Volksfreund.

Kind

wird in liebevoller Weise angenommen. Off unter K1599 an d. Volksfr.

Fleißige Mitarbeiter

für den Außendienst von altbewährter, großer Aktiengesellschaft sofort gesucht. Bei Eignung erfolgt vertragliche Anstellung.

Bewerbungen unter Nr. 8268 an den Volksfreund.

Und Pa-Pa sprach:



Pa-Pa ist — wie seit vielen Jahren — auch diesmal ins Bad gefahren.



Die Gäste bleiben staunend stehen, ein jeder will die Schuhe sehen!



Ein Schupo bittet sehr bescheiden doch jeden Auflauf zu vermeiden



Weshalb Pa-Pa sich folgsam wendet und arig diesen Glanz „verblendet“.

Pa-Pa Patent-Schuh-Paste billiger und besser!

Gewerkschaftliches

Der Verband Berliner Metallindustrieller lehnt den Schiedspruch ab

Berlin, 10. Nov. (Eig. Meldung.) Der Verband Berliner Metallindustrieller wird den gestern gefällten Schiedspruch, der das bisherige Lohnabkommen für die Berliner Metallindustrie bis Mitte Dezember verlängert, ablehnen. Da der Deutsche Metallarbeiterverband daraufhin Verbindlichkeitsklärung beantragt, werden die Nachverhandlungen in diesem Lohnkonflikt voraussichtlich Anfang nächster Woche stattfinden.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Gemeindegewerkschafter

Berlin, 10. Nov. Im Lohnstreit der Gemeindegewerkschafter ist der Schiedspruch vom 1. November 1931 vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

Die Metallarbeiter fordern Verbindlichkeitsklärung

Mannheim, 10. Nov. Wie die Wälzische Post meldet, hat eine Funktionärversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit großer Mehrheit beschlossen, die Verbindlichkeitsklärung des für die Mannheim-Ludwigshafener Metallindustrie gefällten Lohnschiedspruchs zu beantragen. Dieser in Karlsruhe gefällte Spruch sieht bekanntlich eine Lohnüberhöhung von 5 Prozent für Lohn- und von 6 Prozent für Akkordarbeiter vor.

Der Lohnkampf in der badischen Papierindustrie

Zum zweiten Male in diesem Jahre versuchen die Badischen Papierindustriellen den an und für sich geringen Lohn der Papierarbeiter weiter abzubauen. In der am Freitag, 6. November, stritt gefundenen Verhandlung gaben die Arbeitgeber ihre Forderung auf Abbau der Löhne bekannt.

Nicht weniger wie 14 Prozent sollen von den Tariflöhnen abgebaut werden, ebenso sollen die Familiensulden, die bis zu 3 Pf. in der Stunde betragen, beseitigt werden. Außerdem verlangen die Arbeitgeber noch die Aufnahme einer sogenannten Auslandsclausel in den Lohnvertrag, die dem einzelnen Arbeitgeber die Möglichkeit geben soll, bei Auslandsaufträgen die tariflichen Löhne entsprechend zu kürzen.

Die Verhandlungen über diese ungeheuerlichen Forderungen konnten nicht zu Ende geführt werden, weil die Vertreter der Papierarbeiter zunächst diese Forderungen der Arbeitgeber den Papierarbeitern unterbreiten wollten. Infolgedessen finden jetzt in allen Bezirken Papierarbeiterversammlungen statt, so auch am letzten Sonntag in Ettlingen und Malsch. Die beiden Versammlungen waren auf beachtliche Teilnehmerzahl und waren die Papierarbeiter der Auffassung, daß von den geringen Löhnen, wie sie in der Badischen Papierindustrie gezahlt werden, auch nicht ein Pfennig mehr abgebaut werden kann. Aus der Mitte der Versammlungen wurden Proteste gegen einen weiteren Lohnabbau laut, die in folgender Entschließung ihren Niederschlag finden.

Zu am 8. November 1931 versammelten Papierarbeiter von Ettlingen und Malsch, protestieren ganz entschieden gegen einen weiteren Lohnabbau, weil der jetzige Verdienst infolge der Kurzarbeit und der mangelnden Kaufkraft nicht ausreicht, um nur die verbrauchte Arbeitskraft wieder herzustellen.

Die Versammelten verlangen von den Vertretern der Gewerkschaften, daß sie die Forderung der Verlängerung des Lohnvertrags auf unbestimmte Zeit unverändert aufrechterhalten.

Verbandsstag der Bankangestellten

Am Samstag begann im Berliner Gewerkschaftshaus der 10. Verbandsstag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten. Im Mittelpunkt des Geschäftsberichts, den der Verbandsvorsitzende Marx für die Zeit seit dem letzten Verbandsstag im Frühjahr 1929 gab, stand eine kritisch-rückblickende Betrachtung der wichtigsten Ereignisse auf dem privaten und öffentlichen Kapitalmarkt. Die internationale Erschütterung der Währungen, der Fava-Standal, der Zusammenbruch der Danabank, die verhängnisvolle Politik des verstorbenen Reichsbankpräsidenten Schacht und die Unzulänglichkeit des Aktienrechtes wurden vom Berichterstatter ebenso einer scharfen Kritik unterzogen, wie das ganze System des heutigen Monopolkapitalismus und die Planlosigkeit der Kapitalverteilung der Wirtschaft. Im Zusammenhang mit diesem kritischen Rückblick beehrte Marx mit neuen Argumenten die Forderungen der freien Gewerkschaften und vor allem der freigewerkschaftlichen Bankangestellten, die auf eine Neuordnung des internationalen Kapitalstromes abzielen, auf eine durchgreifende Kontrolle der Banken zwecks Herbeiführung einer planmäßigen Kreditverteilung sowie auf eine wirkliche brauchbare Reform des Aktienrechtes und eine Vereinigung der überkapitalisierten Unternehmen hingehen. Die Lehre, die Marx aus seiner Beurteilung der Krise zog, lautet: die Entscheidung über die künftige Entwicklung der Wirtschaft ist eine reine Machtfrage zwischen Kapital und Arbeit. Auch für die Bankangestellten gilt in der jetzigen Situation das Wort Benjamin Franklins: „Wir müssen alle zusammenhängen, sonst werden wir alle einzeln hängen.“

Die Mitgliederbewegung hat, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, trotz der Krise nur wenig gelitten. Die Mitgliederzahl ist von 11 526 Ende 1928 nur auf 10 633 bis zum Jahreschluss 1930 zurückgegangen. Das ist angesichts des starken Personalabbaues im Bankgewerbe — allein die Schaffung der D-D-Bank kostete etwa 5000 Bankangestellten die Stellung — eine gute Krisenbilanz. Beim weiter trotz der größeren Ausgaben für Stellenlosenunterstützung um im vorigen Jahr die Gewinn- und Verlustrechnung der Organisation einen Ueberschuß von 30 000 M. ausweist, dann bedarf es keiner besonderen Befräftigung, daß die Organisation auf einer soliden finanziellen Grundlage steht.

Der Verbandsvorsitzende Emons beleuchtete die Tarifpolitik des Verbandes seit dem letzten Verbandsstag. Er wandte sich ganz besonders gegen die Praxis des Reichsarbeitsministeriums, die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen so einzuschrän-

Furchtbare Mordtat

Einen Gerichtsvollzieher erschossen

D3. Offenburg, 10. Nov. Als der Gerichtsvollzieher Fäger von Offenburg heute vormittag zwischen 10 und 11 Uhr auf dem Anwesen des Landwirts Karl Bühler im Zinten Neuhäusen bei Zell a. S. erschien, um eine gepfändete Kalbin zur Versteigerung abzuholen, wurde er von dem als gewalttätig bekannten Bühler mit dem Revolver erschossen. Gegenwärtig von Gendarmerie und Polizei umlagert, wird die Verhaftung des Täters durchzuführen. Die Leiche des erschossenen Gerichtsvollziehers konnte noch nicht geborgen werden. Bühler verfügt in seinem Besitz über Schusswaffen.

Zu der Mordtat erfahren wir noch: Der Täter Karl Bühler, der im 36. Lebensjahr steht und verheiratet ist, stammt aus Niederhohheim. Er ist als sehr hitziger und gewalttätiger Mensch bekannt. Bei einem Vorfall vor etwa einem Jahr konnten ihn erst sechs Männer überwältigen und fesseln. Auch damals trug er einen scharf geladenen Revolver bei sich. Wie die Tat sich zugetragen hat, ist noch nicht festzustellen. Es hat den Anschein, als ob Gerichtsvollzieher Fäger bei Betreten der Scheuer, in der die gepfändete Kalbin untergebracht war, durch Bühler sofort niedergeschossen wurde. Die Leiche Fägers liegt am Eingang der Scheuer. Seine Altkarte zeigt man auf der Stiege liegen. Da Bühler sich im Anwesen versteckt hat und mit seiner Waffe die Umgebung beherrscht, hat man die Leiche des erschossenen Beamten noch nicht bergen können. Die Ortsgendarmerie und Polizei belagern zur Zeit den Täter. Es ist auch Schußpolizei von auswärts angefordert worden, um die Verhaftung durchzuführen zu können. Nachbarn hörten lediglich Schüsse fallen. Einzelne behaupten, daß sie vier bis fünf Schüsse gehört hätten.

Der Täter ergibt sich

D3. Offenburg, 10. Nov. Zu der Mordtat wird weiterhin bekannt: Der Landwirt Bühler ergab sich nach dreistündiger Belagerung durch Gendarmerie und Polizei. Er wurde sofort abgeführt und ins Offenburger Gerichtsgefängnis verbracht. Hierzu werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

len, daß alle Erklärungen der Reichsregierung über ihr Festhalten am Tarifrecht nicht mehr ernst genommen werden können. Untrüglich sei auch die Politik der Reichsregierung durch Dekrete und Notverordnungen willkürlich Vorn- und Gehaltsabbau zu diktieren. Damit die tarifliche Regelung der Löhne und Gehälter einfach illusorisch zu machen. Emons schloß seinen Bericht mit dem Appell, der bevorstehenden Auseinandersetzung mit den Bankfürsten wegen der Neuauflösung der Kartelle gelassen entgegenzusehen. Die Organisation ist trotz der Krise noch so stark, den Abbauwünschen der Banken wirksamen Widerstand leisten zu können.

Zur Frage der Reform des Aktienrechtes und der Bankenkontrolle nahm der Verbandsstag eine Entschließung an, in der die baldige Inkraftsetzung der Bestimmungen der Vorverordnung vom 19. September über die Reform des Aktienrechtes gefordert wird. Weiter wird in der Entschließung die Schaffung eines Kartell- und Monopolgesetzes verlangt, wozu die Sozialdemokratische Reichsstaatsrat bereits einen druckbaren Entwurf vorgelegt hat. Zum Schluß wird in der Entschließung die Forderung nach Einführungen der Reichsaufsicht über alle deutschen Banken durch ein von der Reichsbank losgelöstes Bankennamnt gestellt.

Die Aussprache bechränkt sich im wesentlichen auf einige Ergänzungen zu den Berichten der Verbandsvorsitzenden. Scharf kritisiert wurde die Personalpolitik der Reichsbank. Die Reichsbank bediene sich fast gar nicht der öffentlichen Arbeitsvermittlung, sondern lasse sich die von ihr benötigten Angestellten entweder von den bürokratischen Angestelltenverbänden zuweisen, oder sie engagiere Angestellte aus anderen Betrieben hinweg.

Die Tarifpolitik des Verbandsvorsitzenden fand bei den Delegierten ebenfalls Zustimmung, wie die Schreibweise des Bundesorganisations.

Jugend

S.M.K. Weingarten. Sonntag: Geländespiel zusammen mit den Falken. Näheres Dienstag.

Kindersprengel Weingarten. Samstag: Lieberabend. Alles Lieberabend mitbringen. Wir lernen neue Lieder. Anfang 1/4 bis 5 Uhr. Sonntag: Treffpunkt um 1/2 12 Uhr bei Genosse Schmiederer. Alles erbringen!

Womit können wir unseren Kindern die größte Weihnachtsfreude bereiten?

Ein bunter Teller, gefüllt mit dem schönsten Gebäck, heißt wohl jedem bis ins Alter als eine der schönsten Kindheitsereignisse haften. Diese Sitte, die so tief wurzelt, sollte auch in schweren Zeiten beibehalten werden. Letzten Endes hat jedes Backwerk, aus Mandeln oder Nüssen hergestellt, einen hohen Nährwert, und unseren Kindern an der Ernährung etwas abzuziehen, wäre am falschen Ende gepart. Die Junker & Rub-Gaslehrküche hat in diesem Jahre seitgemäße Rezepte zusammengestellt und veranfaßt ab Dienstag, den 17. November täglich, außer Samstags, von 3 bis 6 Uhr nachmittags unentgeltliche Weihnachts-Backkurse für die hiesigen Hausfrauen. An jede Teilnehmerin wird ein Rezeptblatt gratis verabreicht. Acht verschiedene Rezepte werden von den Kursleiterinnen unter Anleitung fertiggestellt und in Junker & Rub-Gaslehrküche gebacken. Die Werkzeuge des Städt. Gaswerkes, Amalienstr. 81, nimmt die Anmeldungen für diese Kurse entgegen. Im Interesse jeder einzelnen Teilnehmerin werden für jeden Tag nur 20 Anmeldungen angenommen.

Ungefähr zehn Mann Schupo aus Offenburg, Gendarmerie aus Offenburg und Zell a. S. hatten von 1/11 Uhr bis 1/12 Uhr das Haus des Bühler umstellt. Auch das Freiburger Ueberfallkommando war alarmiert worden, brauchte aber nicht mehr in Aktion zu treten; es wurde bereits auf dem Wege wieder zurückgerufen. Da die Gewalttätigkeiten des Bühler allgemein bekannt waren, ging man mit allen Vorsichtsmaßnahmen vor. Nachdem das Haus eingekreist war, begab sich Hauptmann von Offenburg nach der Rückseite des Hauses und warf eine Handgranate in den Hof, sprang mit einer zweiten Handgranate vor und forderte Bühler auf, das Haus auf der Vorderseite zu verlassen. Dem letzten Bühler mit hochgehobenen Händen gleich darauf Folge. Schupo umringelten ihn sofort und widerstandslos ließ sich Bühler nun festnehmen.

Die Leiche des Gerichtsvollziehers Fäger lag dicht vor dem Hause auf dem Gehsteig. Ueber die Mordtat selbst wird noch bekannt, daß Fäger in Nordrach eine Versteigerung geleitet hatte und um 12 Uhr in Zell a. S. eine Versteigerung abhalten wollte, zu der er von Bühler noch eine Kalbin und ein Maßschwein zu pfänden hatte. Bühler war die Gewalttätigkeit Bühlers wohl bekannt. Er hatte daher einen Verwandten mitgenommen, der vor dem Hause aufpassen sollte, während er mit Bühler verhandelte. Als der Gerichtsvollzieher sich ins Haus begeben hatte, hörte man nach einem kurzen Wortwechsel zwei Schüsse fallen. Bühler flüchtete unter Hilfe zu den Treppen herunter bis vor das Haus, wo er zusammenbrach. Gleich darauf wurde das Fenster aufgerissen und Bühler gab auf den Boden liegenden nochmals vier bis fünf Schüsse ab mit den Worten: „Das habt ihr gefügt, hier liegt die Ernte.“ Durch die letzten Schüsse erst scheint Bühler tödlich verletzt worden zu sein.

In Zell a. S. herrichte über diese furchtbare Mordtat eine kolossale Erregung, da Fäger seinen schweren Dienst immer in humaner Weise ausübte; er stand Mitte der 50er Jahre. Bühler ist als renitentier Mensch bekannt, der schon oft mit dem Gericht in Konflikt stand, und dem es nie radikal genug gewesen konnte. Bühler ist Mitte der 30er Jahre. Schon bei der Pfändung hat er Fäger und den begleitenden Polizisten aufs schwerste bedroht. Mißhandlungen an diesem schrecklichen Vorfall sind auch jene Kreise, die ständisch gegen Reich, Staat und seine Beamten stehen.

Kleine bad. Chronik

Infolge Aufregung gestorben. D3. Rönig (Odenwald), 10. Nov. Die vierjährige Tochter des Gastwirts Buchold wurde von einem Radfahrer so unglücklich angefahren, daß sie einen komplizierten Oberschenkelbruch erlitt und in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein D n k e l der Rönig, der bei dem Unfall zugegen war, regte sich darüber derart auf, daß er als Folge der Aufregung einen Schlaganfall erlitt, dem er kurze Zeit darauf erlag.

Ertrunken aufgefunden. Bisingen, 10. Nov. In einer Kiesgrube, die zum Teil mit Wasser gefüllt ist, wurde gestern auf Gemarfung Markbach der 16 Jahre alte Landwirt Heinrich Haberer aus Oberelsbach ertrunken aufgefunden. Haberer hatte sich schon am Samstag von daheim entfernt. Ob Selbstmord oder ein verheißenes Abkommen von der Straße bei Nacht vorliegt, steht nicht ganz fest. Die Bergung der tief im Schlamm stekenden Leiche gestaltete sich sehr schwierig.

Leutern. Nach kurzer Krankheit ist hier im Alter von beinahe 80 Jahren der Ehrenbürger der Gemeinde, Oberlehrer a. D. S. Gutzmann, gestorben. Durch seine großen Verdienste um die Schule stand er hier in bestem Ansehen.

Maulwurfs. Der Volkshaus Paul Tschulin schlug sich mit der Art mit voller Wucht ins Bein. Er mußte ins Krankenhaus verbracht werden.

Freiburg i. Br. Gestern vormittag gegen 10 Uhr fuhr ein vom Hauptbahnhof kommender Straßenbahnwagen mit stiellicher Geschwindigkeit in der Friedrichstraße auf einen aus der Ratharngasse herabkommenden Lastwagen mit Anhänger auf. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig, so daß die nordere Plattenform des Wagens völlig eingedrückt und der Wagen aus den Gleisen gehoben wurde. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Der Sachschaden ist erheblich. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Verbotener Vertrieb von Loten

Neuerdings versucht die Firma E. C. Keissl in London EC. 2, 61, Cheapside, Lode der Verberren-Lotterie „Trieste Smeesfale“ an Staatliche Lotterie-Einnahme, vermutlich auch an Lotterieverkäufe zum Weiterverkauf anzubieten. Ferner läßt die Bromo International-Sports Association Handels-A.G., Six Danzig-Bozener, Privataktionen im Deutschen Reichs Angebote zum Bezug von Losabschnitten für das Englische Derby 1931. verbunden mit Verbeschreiben zur Aufnahme in ihre Vereinigung, zugehen. Der Bad. Landespolizeiamt warnt vor diesen Lotterien, da sich nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Spieler strafbar macht.

Geldsteuer: Georg Schöpflin, Beamtenmord: Voltz, Arresthaft Baden, Volksvereinsrat, Aus aller Welt, letzte Nachrichten: Grünbaum u. Vambag, Gewerkschaftliche Nachrichten Partei, Reichsbankische Chronik, Aus Mittelbaden, Durich, Gerichtsverhandlung, Neuweiler, Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Sozialer Bundschuh, Eyer und Ebel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Auskünfte: Voltz, Offizielle Beamtenmord für den Angehörigen: Gutzmann, Kragner, Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsbuchhandlung Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe

Sehen Sie sich die Gelegenheitsposten an.

Die außergewöhnliche Billigkeit

wird Sie überraschen.

Leipheimer & Mende

Herrenstoffe

